

V0496/23

Steigerung der Arbeitgeberattraktivität der Stadt Ingolstadt durch Anhebung des Fahrkostenzuschusses für städtische Mitarbeiter/-innen
(Referent: Herr Kuch)

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht vom 13.07.2023

Stadträtin Hagn geht davon aus, dass dies eine reine Prognose der Kostenbetrachtung sei, denn es sei noch nicht vorhersehbar, wie viele Beschäftigte es am Ende in Anspruch nehmen werden. Stadträtin Hagn bittet um zeitnahen Bericht, von welcher Beschäftigtengruppe der Fahrkostenzuschuss in Anspruch genommen werde, um dann eventuell noch Änderungen vorzunehmen. Bezüglich dem Fahrradleasing das im Sommer 2023 angelaufen sei, tritt sie auch mit der Bitte heran, Zahlen zu bekommen wie die Inanspruchnahme sei und was letztendlich für Kosten dadurch entstehen.

Herr Kuch teilt mit, dass man beim Fahrkostenzuschuss von einer Verdoppelung in der Modellrechnung ausgehe. Dennoch sei er gespannt, ob es tatsächlich in diese Höhe gehe, zumal die Spritpreise im Moment etwas moderater seien und ebenso konnte nicht festgestellt werden, dass der Bedarf oder das Interesse am ÖPNV in der Belegschaft fulminant groß sei. Bezüglich dem Fahrradleasing führt Herr Kuch aus, dass es seit 01.07.23 das Portal gebe und es seien bereits über 100 Beschäftigte, die sich dort registriert haben, und 10 Beschäftigte haben bereits Verträge abgeschlossen ein Fahrrad zu leasen.

Stadtrat Stachel hakt bezüglich dem höchstmöglichen Fördersatz für die entfernt wohnenden Mitarbeiter nach, denn es sei ein Satz von 2.000 Euro angesetzt da man sich nicht mehr auf das VGI-Ticket beziehen wolle. Seiner Meinung nach sei zwar das günstigste Verkehrsmittel nicht immer das attraktivste, aber das Deutschland-Ticket erschlage derzeit den öffentlichen Nahverkehr.

Herr Kuch berichtet, dass man im Interesse der Arbeitgeberattraktivität handle und man wolle auch für Personenkreise attraktiv sein, die täglich von Nürnberg, München usw. anreisen und da sei es ein großer Unterschied, ob man im Regionalexpress oder ICE sitze. Ein ICE-Jahresticket für Nürnberg oder München koste rund 3.000 Euro, deshalb wolle man es in etwa gleichstellen mit dem Betrag der auch für den höchsten VGI-Tarif bezahlt werde.

Stadtrat Meier möchte in Erfahrung bringen, ob die Wünsche und Anregungen der Pendler berücksichtigt worden seien.

Herr Kuch trägt vor, dass die Richtlinien für die Zuschussung mit einem neuen Prozentsatz angepasst werden soll und sehr offen formuliert werden sollen. Es soll auch die BahnCard Zuschuss werden, denn es gehe weniger um die Spezialität der Fahrkarte, sondern es gehe darum, dass der Beschäftigte mit dem von ihm gewünschten öffentlichen Verkehrsmittel nach Ingolstadt komme. Ebenso werde dann auch ein innerstädtisches Ticket benötigt, sodass in der Summe der förderfähige Höchstbetrag von aktuell 2.000 Euro gedeckt sei. Eine künftige Steigerung von 50 Euro pro Jahr sei geplant.

Stadtrat Semle begrüßt die Vorlage, denn die alternativen Transport- und Mobilitätswege werden dadurch gestärkt und dies sei dringend notwendig, um die Attraktivität der Arbeitsplätze der Stadt zu stärken. Außerdem handle es sich um relativ kleine Beträge von 160 Euro im Monat. Ebenso begrüße Stadtrat Semle die soziale Staffelung, und es sei auch zu bemerken, dass der Personalrat dem zugestimmt habe.

Stadtrat Mittermeier hakt zum Thema Fahrradleasing nach, ob durch das Fahrradleasing weniger Kosten anfallen, dadurch dass die Sozialversicherungsabgaben nicht geleistet werden müssen und so möglicherweise für die Stadt Geld übrigbleibe.

Herr Kuch schildert, dass von dem was über die Einsparung beim Arbeitgeberanteil Sozialversicherung übrigbleibe, ein Teil für den individuellen Arbeitgeberzuschuss Fahrradleasing verwendet werde, aber nicht zu 100 Prozent.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.